

Investieren für den Neustart

Viele Jahre lang wurde in Europa mehr Wert auf Sparen als auf Investieren gelegt. Nun ist der Nachholbedarf groß. In den kommenden Jahren sind massive Investitionen nötig.

Europa steht vor großen Herausforderungen: Die Folgen der Coronakrise müssen bewältigt, die Transformation hin zu mehr Klimaschutz und Digitalisierung eingeleitet werden. Dazu sind europaweit große Investitionen nötig. Die Fehler der Vergangenheit – etwa im Zuge der europäischen Schuldenkrise – dürfen sich nicht wiederholen. Zu diesem Schluss kommen Ökonominen und Ökonomen der Europäischen Investitionsbank (EIB).

Über lange Zeit haben die EU-Staaten das Thema vernachlässigt. Im Jahr 2016 steckten sie im Schnitt nur 2,8 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Investitionen, was dem niedrigsten Stand seit 25 Jahren entsprach. Seitdem hat sich die Quote kaum verbessert – im Jahr 2020 betrug sie 3,3 Prozent. Besonders schwach fielen die staatlichen Investitionen in Südeuropa aus, wo sie in den Jahren nach der Schuldenkrise bis auf 1,2 Prozent des BIP sanken. Verantwortlich dafür waren vor allem die Sparmaßnahmen, die Ländern wie Griechenland oder Portugal abverlangt wurden. Sie erwiesen sich in doppelter Hinsicht als schädlich: Die drastische Kürzung öffentlicher Investitionen ließ das Wirtschaftswachstum einbrechen. Da in der Folge auch private Investitionen ausblieben, ist der Rückstand in vielen Bereichen nun umso größer, was am Verfall der Infrastruktur oder an Lücken bei der Daseinsvorsorge sichtbar wird. Die Berechnungen der EIB zeigen, dass die Effekte der Sparpolitik selbst nach Jahren deutlich ausgeprägt sind: Sieben Jahre nach Beginn der Haushaltskonsolidierung liegen die staatlichen Investitionen in der EU gemessen am BIP immer noch um 0,5 Prozentpunkte niedriger als zuvor, was einem Rückgang von 14 Prozent entspricht.

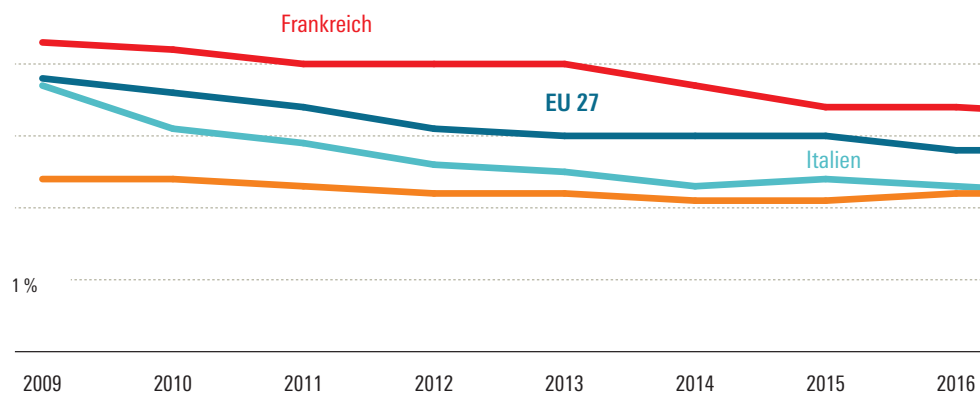
Milliarden für Klimaschutz und Digitalisierung

Inzwischen hat sich die Erkenntnis weitgehend durchgesetzt, dass es nicht funktioniert, sich aus einer Krise heraus zu sparen. Das zeigt auch die Reaktion auf den wirtschaftlichen Einbruch infolge der Coronakrise. Die nationalen Maßnahmen und die Konjunkturprogramme auf EU-Ebene legen den Schwerpunkt stark auf öffentliche Investitionen. Allein der 2020 beschlossene europäische Aufbauplan stellt den Mitgliedstaaten Zuschüsse und Darlehen in Höhe von rund 670 Milliarden Euro zur Verfügung, finanziert durch von der Kommission herausgegebene Anleihen. Die Mittel sind dafür gedacht, Europa besser aufzustellen für die Zukunft, vor allem sollen Klimaschutz und Digitalisierung gefördert werden. Insgesamt dürften die öffentlichen Investi-

tionen der EIB-Analyse zufolge EU-weit zwischen 2021 und 2023 im Schnitt auf 3,5 Prozent des BIP steigen. Doch auch das kann nur ein Anfang sein. Nach Angaben der EU-Kommission sind bis 2030 im Vergleich zum vorangegangenen Jahrzehnt jährlich rund 350 Milliarden Euro an zusätzlichen Investitionen erforderlich, wenn die Klima- und Energieziele erreicht werden sollen.

Deutschland investiert zu wenig

Der Anteil der öffentlichen Investitionen am Bruttoinlandsprodukt betrug in ...



Quelle: Eurostat 2021

„Die Regierungen haben ihre Lektion gelernt, was überstürzte Haushaltskonsolidierungen anrichten können“, schreiben die EIB-Expertinnen und Experten. Offenbar solle diesmal investiert werden, statt zu sparen. Doch die Bereitschaft, Geld auszugeben, reiche allein nicht aus. Um erfolgreich zu sein, müssten öffentliche Investitionsprogramme genau überwacht und bewertet werden. Entscheidend sei, konkrete Projekte zu definieren, die ohne öffentliche Unterstützung nicht realisiert würden. Außerdem sollten die Programme begleitet werden von Strukturreformen, die zusätzliche private Investitionen erleichtern.

Die Finanzierungsbedingungen seien aktuell günstig, da die Zinsen auch dank der Intervention der Europäischen Zentralbank weiterhin außerordentlich niedrig sind. Wenn das nominale BIP-Wachstum den nominalen Zinssatz übersteigt, könnten sich die EU-Staaten moderate Defizite leisten – und gleichzeitig die teils hohen Schuldenquoten stabilisieren oder sogar senken. Allerdings dürfe die Gelegenheit nicht verspielt werden. Die Bedingungen könnten sich – etwa bei anhaltend hoher Inflation und steigenden Zinsen – schnell verschlechtern. <

Quelle: Andrea Brasili u.a.: Public Investment in the Pandemic – Europe at a Glance, in: Floriana Cernigliio, Francesco Saraceno, Andrew Watt (Hrsg.): The Great Reset, European Public Investment Outlook 2021, Cambridge, Open Book Publishers, November 2021 [Link zur Studie](#)

Deutschland muss klotzen

Bei den öffentlichen Investitionen klafft hierzulande eine große Lücke. Die zusätzlichen Ausgaben im Rahmen der Corona-Krisenpolitik können den Rückstand nicht wettmachen.

Das deutsche Gemeinwesen zehrt von seiner Substanz: Die staatlichen Bruttoinvestitionen waren in den vergangenen zwei Jahrzehnten überwiegend niedriger als die Abschreibungen. Darauf weisen Katja Rietzler und Andrew Watt in einer aktuellen Analyse hin. Die IMK-Ökonomin und ihr Kollege kommen zu dem Schluss, dass auch die geplanten Mehrausgaben in den kommenden Jahren bei

arden Euro, den das IMK 2019 gemeinsam mit dem Institut der deutschen Wirtschaft für die kommenden zehn Jahre veranschlagt hat. Zudem seien rund 10 Milliarden für ohnehin geplante Projekte vorgesehen, die lediglich vorgezogen werden. Hinzu komme, dass die Umsetzung in manchen Bereichen ziemlich schleppend verläuft: Von den 7 Milliarden Euro, die für die nationale Wasserstoffstrategie eingeplant sind, dürften bis Ende 2021 nur 600 Millionen Euro ausgezahlt werden. Allerdings seien indirekte positive Effekte durch bestimmte Maßnahmen zu erwarten: Dass der Bund 2020 gemeinsam mit den Ländern die Mindereinnahmen der Kommunen bei der Gewerbesteuer ausgeglichen und seinen Anteil an den Wohn- und Heizkostenzuschüssen für Empfängerinnen und Empfänger von Hartz-IV erhöht hat, dürfte den Gemeinden mehr Spielraum für Investitionen verschafft haben.

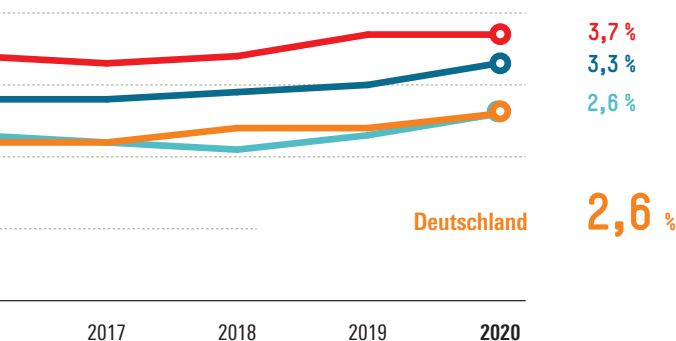
EU-Aufbaufonds:

Vor allem die Automobilindustrie profitiert

Das Volumen des „Deutschen Aufbau- und Resilienzplans“, der die Verwendung der Mittel aus dem EU-Aufbaufonds festschreibt, sei mit insgesamt 25,6 Milliarden Euro oder weniger als 0,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts überschaubar, heißt es in der Studie. Volkswirtschaftlich sei nur ein recht begrenzter Effekt zu erwarten. Allerdings profitiere Deutschland indirekt auch durch die EU-Aufbaupläne anderer Mitgliedsstaaten. Die geplanten Projekte sollen zu 40 Prozent dem Klimaschutz dienen, zu 50 Prozent die Digitalisierung voranbringen. Vorgesehen ist zum Beispiel, die Entwicklung von Wasserstoff-Technologie mit 2,2 Milliarden Euro und die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung mit 3 Milliarden Euro zu fördern. Auffällig ist laut Rietzler und Watt der Fokus auf die Automobilindustrie: 1,9 Milliarden sind für Digitalisierungsprojekte in dieser Branche eingeplant, 2,5 Milliarden Euro als Kaufprämien für Elektroautos. Alles in allem werde der Aufbauplan zum größten Teil nicht zum Anlass für zusätzliche Investitionen genommen, sondern dafür, bereits geplante Vorhaben umzubuchen. Immerhin trage das zur Entlastung der öffentlichen Haushalte bei.

Grundsätzlich, so die Expertin und ihr Kollege, brauche Deutschland eine nachhaltige Investitionsstrategie, die sich an langfristigen Zielen orientiert und nicht allein an der Budgetsituation. Besonders die Kommunen seien auf Planungssicherheit angewiesen, um Kapazitäten für mehr Investitionen aufbauen zu können. Daher sollten die EU-Fiskalregeln reformiert und die Fixierung auf starre Schuldengrenzen aufgegeben werden. <

Quelle: Katja Rietzler, Andrew Watt: Public Investment in Germany: Much More Needs to Be Done, in: Floriana Cerniglio, Francesco Saraceno, Andrew Watt (Hrsg.): The Great Reset, European Public Investment Outlook 2021, Cambridge, Open Book Publishers, November 2021
[Link zur Studie](#)



Hans Böckler
Stiftung

Weitem nicht dafür ausreichen werden, den Investitionsrückstand auszugleichen.

Den größten Substanzverlust machen Rietzler und Watt bei den öffentlichen Gebäuden aus: Hier seien die Nettoinvestitionen zwischen 2003 und 2015 durchgehend negativ gewesen. Das Problem betreffe vor allem die Gemeinden, die sich unter anderem um Schulgebäude und Straßen kümmern und gut 60 Prozent sämtlicher Bauinvestitionen tätigen. Nach einem zwischenzeitlichen Anstieg seien die staatlichen Bauinvestitionen 2020 infolge der Corona-Pandemie wieder gesunken, aktuell befänden sie sich immer noch unter dem Vorkrisenniveau. Auch auf anderen Feldern habe die Dynamik nachgelassen.

Begrüßenswertes Konjunkturpaket

Grundsätzlich zu begrüßen ist laut der IMK-Analyse vor diesem Hintergrund das Konjunktur- und Zukunftspaket, das die Bundesregierung im Juni 2020 geschnürt hat. Dieses Paket sieht unter anderem Investitionen in Klimaschutz, Digitalisierung und Gesundheitswesen in Höhe von insgesamt 57,8 Milliarden Euro vor.

Diese Summe erscheine zwar auf den ersten Blick beeindruckend, schreiben Rietzler und Watt. Sie entspreche aber nur etwa 12 Prozent des Investitionsbedarfs von 457 Milli-